

Helmut Szepansky – Leitung Kinder-und Familienzentrum im
Barmbek Basch



Update 25.10.2017

Was bedeutet 60.000 Euro Kürzung beim Kinder-und Familienzentrum im Barmbek Basch im Bereich der Familienförderung im Bezirk Hamburg-Nord?

1. In den letzten 20 Jahren, die wir als Einrichtung die Arbeit des JHA und der Verwaltung des BA HH-Nord überblicken können, ist es das erste Mal, dass ein Stadtteil von „Amtswegen“ als reich erklärt wird. Wenn der gleiche Maßstab in allen anderen Stadtteilen des Bezirks angelegt werden würde, dann dürften neben Barmbek-Süd in 9 weiteren der 13 Stadtteile keine oder nur deutlich geringere Aktivitäten der Kinder- und Jugendhilfe stattfinden. Sie sind in allen Parametern, die die Verwaltung als Begründung für die Kürzung anführt, bessergestellt als Barmbek-Süd. Deutlich wurde das auch insbesondere durch die am 11.10. 2017 durch das Statistikamt Nord veröffentlichte Einkommensstatistik. Langenhorn und Barmbek-Süd z.B. sind in einer Kategorie. Dahinter rangieren nur noch Barmbek-Nord und Dulsberg.

Als Antwort auf die Kleine Anfrage der FDP nach § 24 BezVG können wir zum ersten Mal in einer öffentlichen Erklärung die Argumente der Verwaltung für ihre Kürzungspläne nachlesen. Die herangezogenen Statistiken sind einseitig und interessen-geleitet von der Verwaltung interpretiert. In Anführungsstrichen jeweils das Argument der Verwaltung angerissen.

Zum einzelnen:

- „Rückgang der Zahl der Bezieher von SGB II-Leistungen“: In 12 von 13 Stadtteilen des Bezirks HH-Nord ist ein Rückgang festzustellen. In Dulsberg z.B. noch in einem weit höheren Maße, als in Barmbek-Süd. Die einzige Ausnahme ist Alsterdorf, was vermutlich mit den ansteigenden Zahlen der Geflüchteten zu tun. Bei dem Anteil der Bezieher von SGB II-Leistungen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung im Stadtteil liegt Barmbek-Süd wie 2010 an viertletzter Stelle. Nicht der prozentuale Rückgang ist für uns das Entscheidende, sondern die Anzahl der verbliebenen Menschen im ALG-II-Bezug.

- „Die Zahl von Kindern unter 15 Jahren, die SGB II-Leistungen beziehen, ist im selben Zeitraum um über 28 % gesunken“: Die Anzahl ist in fast allen anderen Stadtteilen auch gesunken, 1. weil natürlich insgesamt die Arbeitslosigkeit in dem Zeitraum zurückgegangen ist und 2. weil es seit dem 1.8.2013 den Rechtsanspruch auf eine tägliche fünfstündige Kitabetreuung ab dem vollendeten 1. Lebensjahr gibt und bis zu 6 Stunden Beitragsfreiheit. Viele alleinerziehende Mütter, die bei uns in der Beratung sind, haben das genutzt, sind aber trotzdem in prekären Beschäftigungsverhältnissen, müssen aber nicht mehr das Jobcenter aufsuchen. In dem prozentualen Anteil ist auch hier wieder Barmbek –Süd an viertletzter Stelle aller Stadtteile.
- „Im Bereich der Hilfen zur Erziehung (HzE) gibt es ebenfalls keine Auffälligkeiten mehr...“: Der Rückgang in Barmbek betrug 3 % von 86 auf 83 Fälle. Nur in Langenhorn war der Rückgang geringer, nämlich um 1 %. Alle anderen Stadtteile hatten z.T. enorme prozentuale Rückgänge. Dulsberg 14 %, Barmbek-Nord 21 %, Fuhlsbüttel 32,5 %, Groß Borstel 60 % etc. Auch bei der absoluten Zahl ist Barmbek-Süd wieder an viertletzter Stelle. Und bei der Umrechnung auf 100 unter 21jährige das gleiche Bild, viertletzte Stelle.
- Wir haben ja vielfach betont, dass zu uns wegen unseres Alleinstellungsmerkmals auch viele Familien kommen, die außerhalb Barmbek-Süds wohnen. Darauf geht die Verwaltung mit keinem Wort ein, verlegt aber Neubauvorhaben in der Oberaltenallee und in der Finkenau nach Barmbek-Süd, obwohl sie zum Stadtteil Hohenfelde gehören. Das könnte einen in dem Gefühl bestärken, dass es nicht um Argumente, sondern um „Lösungen“ geht, egal wie schlecht und unqualifiziert die Begründungen sind.
- Bei der Frage nach der unterschiedlichen Aufgabenstellung fällt die Antwort der Verwaltung sehr oberflächlich aus. Die Arbeit des KinEz, der Elternschulen, der Familienbildungsstätten, der wellcome-Projekte und der Erziehungsberatungsstellen unterscheiden sich schon sehr deutlich von der Arbeit des KiFaZ. Hier müssen v.a. die enge Zusammenarbeit und z.T. gemeinsam gestalteten Angebote von Familienhebammen und Sozialpädagoginnen gesehen werden. Das KiFaZ kann (noch!) viel mehr Ressourcen in die Arbeit mit werdenden Eltern und Eltern mit Kindern von 0-3 Jahren einbringen, als die anderen genannten Einrichtungen. Im Gegensatz zu den Elternschulen und Familienbildungsstätten haben wir auch keinen

Semesterbetrieb und sind an 50 Wochen im Jahr ansprechbar, unsere Familienhebammen auch zu ungünstigen Zeiten. Das bedeutet, dass wir uns nicht scheuen, mit Familien zu arbeiten, die extremen Belastungen ausgesetzt sind. Dazu gehören u.a. auch Eltern mit psychischen Erkrankungen.

- Die Angebote „Von Anfang an“ und „Sicherer Hafen“ sind sehr spezialisierte Hilfen für Eltern mit Schreikindern. „Von Anfang an“ bietet auch bei uns in der Einrichtung Sprechstunden an, die sich auf Einzelhilfen und entwicklungspsychologische Beratung (EPB) beziehen, „Sicherer Hafen“ ist ein zeitlich befristetes Kursangebot (auch EPB) des Trägers, das u.a. an der Elternschule Barmbek stattfindet und durch eine Stiftung privat finanziert wird. Beides ist nicht mit dem komplexen Angebot, nämlich der Mischung aus offener Arbeit, Gruppen- und Kursangeboten und Beratung, des KiFaZ gleich zu setzen.

2. Förderung Freier Träger im Bezirk:

Die Rahmenezuweisung Familienförderung soll 2018 für den Bezirk HH – Nord 301.000 € betragen.

Die Verwaltung/BA plant, davon 60.000 € zu kürzen und das bedeutet, dass 20 % der ganzen RZ gekürzt werden.

Eine solche Kürzung ist unverhältnismäßig und stellt die werdenden Familien und Familien mit kleinen Kindern deutlich schlechter, als die Familien mit älteren Kindern. Wenn man das bei der OKJ im gleichen Maße täte, müsste die RZ 313.800 € abgeben. Bei der RZ sozialraumorientierte Angebote wäre es dann ein Betrag von 105.200 €.

Zusätzlich zu den jeweiligen Rahmenezuweisungen für Freier Träger verfügt der Bezirk über weitere Zuwendungen für die kommunalen Einrichtungen. Bei der Familienförderung sind das 117.000 €, bei der OKJ 950.000 €. Aus öffentlichen Dokumenten nicht nachvollziehbar sind die Ausgaben für Gehälter und Mieten der kommunalen Einrichtungen, die dann noch dazu kommen. Bei der Familienförderung sind es unseres Wissens die beiden Leitungen der beiden Elternschulen, in der OKJ ist es eine große Zahl von Kolleg*innen und eine Reihe von Einrichtungen (4 Häuser der Jugend, 6 Bauspielplätze und Spielhäuser, 5 Jugendclubs und Straßensozialarbeit).

Historie bezogen auf die Förderung des KiFaZ:

Das Kinder- und Familienzentrum im Barmbek Basch (früher Barmbek-Süd) ist im Nachgang 2004 schon nominal erheblich bespart worden und real (Inflation, PK-Steigerung, MWSt.-Erhöhung innerhalb von 20 Jahren) noch im größeren Maße. Das trifft für keine andere Freie-Träger-Einrichtung im Bezirk zu.

| | | |
|-------------------------|--|---------------------|
| Zuwendung 1997 : | 306.775 € (600.000 DM) | |
| Zuwendung 2004 : | 333.000 € | |
| Zuwendung 2011 : | 300.539 € | |
| Zuwendung 2014 : | 268.341 € | Differenz: 64.659 € |
| Zuwendung 2015 : | 280.981 € | |
| Zuwendung 2016 : | 287.473 € | |
| Zuwendung 2017 : | 293.923 € (mit Personalmittel für Tarifsteigerung) | |

Das hatte schon zur Folge, dass aus dem Stellenplan mit 4 Vollzeitstellen ein Anteil von 0,53 herausgenommen wurde und wir noch über 3,47 Stellen verfügen.

3. Zu der Wichtigkeit des vollumfänglichen Erhalts des KiFaZ:

Das KiFaZ ist eine Einrichtung nach § 16 SGB VIII der Allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie. Die Angebote richten sich grundsätzlich an alle Familien, unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, Weltanschauung oder religiöser Zugehörigkeit, physischen oder psychischen Einschränkungen, sexueller Orientierung, Nationalität und ethnischer Gruppierung. Insbesondere richten sie sich an Schwangere, Familien mit Kleinkindern sowie an Familien in strukturellen, familiären und psychosozialen Belastungssituationen. (HzE-Vermeidung ist nach Gesetz kein Auftrag)

Wie viele und wer kommt ins KiFaZ ?

- 2016 haben das KiFaZ 1707 verschiedene Erwachsene mit ihren Kindern aufgesucht, davon 328 Väter
- 2016 wurden mit 348 Personen Beratungsgespräche geführt. Die Beratungstätigkeit 2015 auf 2016 hat sich um 25 % erhöht, was wir im Wesentlichen auf die Beratungstätigkeit mit Flüchtlingen in ihren Muttersprachen Farsi und Arabisch durch Mitarbeiterinnen des KiFaZ zurückführen
- Über die Kooperationspartner DW und FPZ in der Schwangerenberatung kamen zusätzlich 600 Familien in die Räume des KiFaZ
- Die Besucher*innen
 - kommen aus unterschiedlichen Stadtteilen

- haben einen unterschiedlichen sozialen und finanziellen Hintergrund
- stammen aus vielen unterschiedlichen Nationalitäten und Ethnien
- und haben die unterschiedlichsten Lebenserfahrungen und Lebensentwürfe

Das Einzugsgebiet hat sich in den letzten 20 Jahren deutlich ausgeweitet und geht weit über Barmbek-Süd hinaus. Das hat insbesondere mit dem spezialisierteren Angebot zu tun und mit der guten Erreichbarkeit. Hinzu kommt, dass wir in den Frühen Hilfen für den ganzen Bezirk zuständig sind. Das bedeutet, dass das KiFaZ die steigende Zahl der Bevölkerung in Winterhude, Barmbek-Nord und Hohenfelde auch in seiner Einrichtung registriert und Familien von noch weiter her uns aufsuchen.

Zusammenarbeit mit Familienhebammen und Familienteams:

Die Arbeit der Sozialpädagog*innen im KiFaZ wird ergänzt durch die Arbeit der Familienhebammen. Die Familienhebammen machen im Rahmen der frühen Hilfen werdenden Eltern / Schwangeren und Eltern mit Kindern unter einem Jahr spezifische Angebote wie Vorsorge und Beratung in der Schwangerschaft, Kursangebote (Geburtsvorbereitung, Rückbildung, Babymassage), Hausbesuche, Beratung etc.

Darüber hinaus ist das KiFaZ Träger der Netzwerkkoordination Frühe Hilfen für den Bezirk Hamburg-Nord.

2016 sind durch die Familienhebammen 68 Frauen / Familien umfänglich betreut worden. (Grundsatz: maximal bis zum 1. Geburtstag des Kindes). D. h. es fanden Beratungen, Hausbesuche - teilweise mehrfach die Woche - und Begleitungen zu Ämtern und Ärzt_innen statt. 23 der 68 Frauen / Familien wurden schon in der Schwangerschaft Angebote gemacht (34 %).

553 Frauen / Familien haben an Kursen/Gruppen, offenen Angeboten und Sprechstunden teilgenommen. Dazu gehören Rückbildungskurse, Babymassage, Treffpunkte mit inhaltlichen Inputs und Hebammen-Sprechstunden.

Ein Teil der Frauen sind durch die Sozialpädagog*innen im KiFaZ mitbetreut worden.

Das KiFaZ bekommt aus der Zweckzuweisung Familienhebammen als einziger Träger (und der Bezirk HH-Nord als einziger Bezirk) keine Zuwendung für sozialpädagogische Arbeit. Ansonsten gilt für alle anderen auf eine Familienhebammenstelle kommt eine halbe Stelle Soz.-Päd. Bei einer gerechten Verteilung nach Schlüssel (wie bei der Verteilung der Gelder Frühe Hilfen aus der Bundesinitiative: 15,9 % für Nord) müsste HH-Nord statt 50.000 € 121.000 € bekommen.

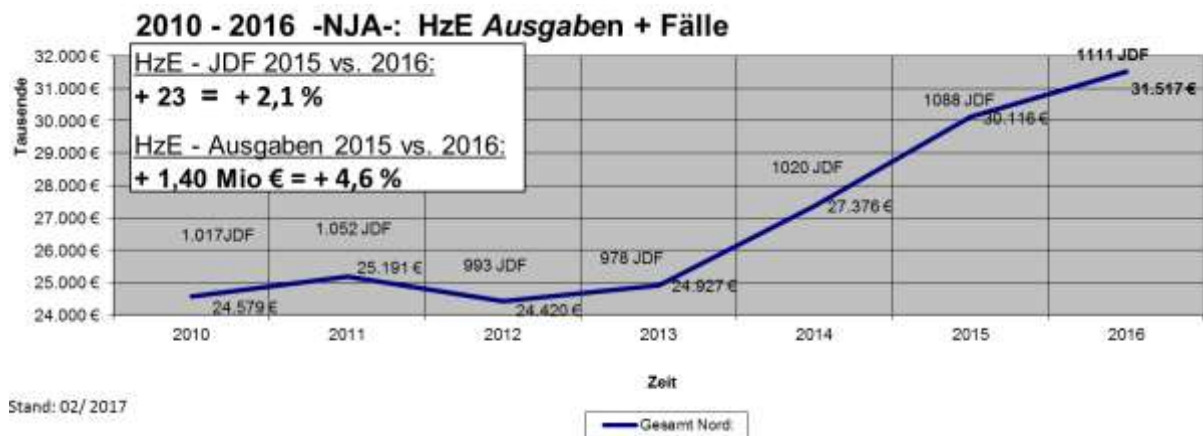


4. Zu der Bewertung von HzE:

Argument: Abnahme von HzE bedeutet Barmbek-Süd braucht nicht mehr die Jugendhilfe-Unterstützung.

Die Abnahme von HzE vom Zeitpunkt 09/2010 zum Zeitpunkt 02/2017 beträgt 3,4 % (von 86 auf 83 Fälle). Das ist die zweitgeringste Abnahme aller 13 Stadtteile im Bez. HH-Nord und auch von der absoluten Zahl nicht viel. Wenn also 2010 unter dem Aspekt HzE alles in Ordnung war, wieso dann nicht auch 2017?

Ungewöhnlich bei dieser uns vom BA angebotenen Statistik ist, dass Monatszahlen angeboten werden. Normalerweise vergleicht man Jahresdurchschnittsfallzahlen (JDF). Zwischen den Monaten kommt es zu starken Schwankungen, so dass nur mit Jahreszahlen den zufälligen Schwankungen begegnen kann. Und wir wissen, dass ab 2011 bis 2016 es einen starken Anstieg mit einem kleinen Absacken 2012 der HzE-Zahlen gegeben hat. Die hätten seriöser Weise auch für den Stadtteil Barmbek-Süd so angeboten werden müssen.



Die 1111 Fälle 2016 haben 31.517.000 Mio € für den Bezirk HH-Nord gekostet. Im Durchschnitt sind das 28.368 € pro Fall. Die 262 Fälle in Langenhorn haben unter zur Hilfenahme dieses Durchschnittswertes 7.432.416 Mio € gekostet, die 83 Fälle in Barmbek-Süd 2.354.544 Mio €. Die Ausgaben für HzE dürfen nicht negativ bewertet werden, sozusagen als Makel für den Stadtteil. Dieses Geld darf auch keineswegs so bewertet werden, als dass es nicht auch den Kindern, Jugendlichen und Familien und damit auch dem Stadtteil zu Gute kommt. Auch unter diesem Aspekt muss die unterschiedliche Verteilung von Jugendhilfemitteln gesehen werden.



Die 60.000 €, die eingespart werden sollen, entsprechen vom Betrag her gerade einmal einer stationären Unterbringung eines Kindes oder eines Jugendlichen im Jahr. Die eine Maßnahme und sicherlich auch mehr vermeidet das KiFaZ durch seine Arbeit. Von daher rechnen sich die Einsparungen nicht. Oder auch ganz schön: 52.000 € kostet einmal Fensterputzen an der Elbphilharmonie. Auch gut eingesetztes Geld.

Besser vergleichbar werden die HzE-Fallzahlen, wenn man sie bezieht auf Fälle pro 1000 unter 21-jährigen. Dann macht sich auf der Basis der angebotenen Zahlen folgende Liste auf: Barmbek-Süd 20,5 Fälle auf 1000, Barmbek-Nord 20,7 /1000,

Langenhorn 27,9 / 1000, Dulsberg 43,8 / 1000. Alle anderen 9 Stadtteile liegen weit darunter.

Das BA sagt: „Barmbek-Süd braucht das KiFaZ nicht mehr“

Bei der Bevölkerungsentwicklung (Zunahme der Bevölkerung) liegt Barmbek-Süd von den absoluten Zahlen an vierter Stelle der Stadtteile, von der prozentualen Entwicklung an 6. Stelle. Dulsberg z.B. hat eine negative Bevölkerungsentwicklung (184 Personen, entspricht 6,6 %) leben 2015 dort weniger als 2010.

Bei der Anzahl von Kindern, die von ALG II leben nimmt Barmbek-Süd 2015 die 4. Position ein. Die gleiche wie 2010.

Das BA behauptet in seiner Argumentation, den Menschen in Barmbek-Süd ginge es so gut, die bräuchten das KiFaZ nicht mehr und diejenigen, die vergleichbare Angebote nachfragen, könnten sich das anderenorts kaufen.

Was hat sich verändert in Barmbek-Süd? Wir haben eine starke Neubauaktivität in den letzten Jahren erlebt. Vorhandene Brachflächen, die z. B. für den Autogebrauchthandel benutzt wurden, der Eilbekpark, Baulücken etc. wurden mit Wohnraum bebaut. Häufig geschah das mit Eigentumswohnungen, aber auch Genossenschaften und die SAGA/GWG beteiligten sich daran. D.h. die alte Bevölkerung ist wohnen geblieben, ist nicht aus ihren Wohnungen vertrieben worden, und neue Einwohner – häufig finanziell besser gestellt - sind hinzu gezogen. Tendenziell geht es der angestammten Bevölkerung schlechter, weil jetzt ein Druck auf die Mieten im größeren Maße stattfindet. Die Neuzugezogenen sind auch nur im geringen Maße Familien mit Kindern. Die Verteilung der Haushalte 2015 sah so aus, dass in Barmbek-Süd 69,6 % 1-Personen-Haushalte waren und nur in 9,9 % der Haushalte Kinder lebten, von denen wiederum genau zu einem Drittel Kinder von Alleinerziehenden waren. In so einem Stadtteil wie Dulsberg z.B. sieht es auch nicht so anders aus (70,8 % 1-Personen-Haushalte, 11,7 % Haushalte mit Kindern und allerdings davon 44,3 % in Alleinerziehenden-Haushalten).

43,6 % der unter 18jährigen in Barmbek-Süd hat Migrationshintergrund. Kinder und Jugendliche finden im Stadtteil kaum Angebote der OKJA. Weiterführende Schulen sind auch nicht vorhanden. Das alles ist die Wirklichkeit in Barmbek-Süd.

Barmbek-Süd und die angrenzenden Stadtteile brauchen weiterhin ein voll funktionierendes KiFaZ.